

## **Antrag**

**der Abgeordneten Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Karsten Klein, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Michael Georg Link, Alexander Müller, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Frank Schäffler, Dr. Hermann Otto Solms, Benjamin Strasser, Katja Suding, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Sandra Weeser und der Fraktion der FDP**

### **Wirtschaftliche Perspektive eröffnen, Energieversorgung sichern – Ukraine zum Partner einer Europäischen Wasserstoffunion machen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Einigung auf ein ambitioniertes EU-Klimaziel von -55 % Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 und das Ziel der Klimaneutralität bis zur Jahrhundertmitte machen es erforderlich, die Versorgung mit fossilem Erdgas perspektivisch durch klimaneutral erzeugte Energieträger wie Wasserstoff und seine Derivate in Form von synthetischen Kraftstoffen zu ersetzen. Leider fehlt der Bundesregierung hierfür ein tragfähiges Konzept.

Mit der Nationalen Wasserstoffstrategie hat die Bundesregierung zwar anerkannt, dass die Energiewende nicht allein durch direkte Elektrifizierung auf Basis erneuerbarer Energien in Deutschland gelingen wird. Vielmehr wird Deutschland schon aufgrund begrenzter Flächen für Photovoltaik- und Windenergieanlagen auch künftig große Teile seines Energiebedarfs importieren müssen. Bei der konkreten Umsetzung scheitert die Bundesregierung jedoch bislang.

Während die letzten Atomkraftwerke Ende 2022 vom Netz gehen und der Ausstieg aus der Kohleverstromung aufgrund steigender CO<sub>2</sub>-Preise im europäischen Emissionshandel voraussichtlich deutlich schneller als geplant voranschreitet, steigt die Bedeutung der Energieversorgung mit Gas. Denn ohne Gaskraftwerke zum Ausgleich der volatilen Stromerzeugung aus Sonnen- und Windenergie ist eine sichere Versorgung mit Strom und Wärme in Deutschland auf absehbare Zeit nicht möglich.

Gleichzeitig hat sich die Erdgasförderung in Großbritannien, Dänemark, den Niederlanden und Deutschland zwischen 2009 und 2019 auf 76,2 Mrd. Kubikmeter pro Jahr mehr als halbiert. Der Importbedarf der Europäischen Union, Schweiz und Ukraine ist deutlich stärker gestiegen als ursprünglich prognostiziert und lag 2019 bei 407 Mrd. Kubikmeter. 170 Mrd. Kubikmeter davon wurden aus Russland importiert.

Die Ukraine könnte eine Schlüsselrolle bei „sauberen Gasen“ spielen und dabei von ihrer geographischen Lage profitieren: Das Land hat das Potential, um grünen Wasserstoff herzustellen, aber auch, um aus Erdgas blauen Wasserstoff für Europa zu erzeugen und das dabei abgeschiedene CO<sub>2</sub> zu speichern. Problematisch ist jedoch, dass die Ukraine seit Jahren durch eine Politik der aktiven Destabilisierung durch die russische Führung geschwächt wird, die in den jüngsten Spannungen an der russisch-ukrainischen Grenze einen erneuten Höhepunkt fand. Deutschland und die Europäische Union haben ein aktives Interesse an einer demokratischen, politisch stabilen und wirtschaftlich prosperierenden Ukraine.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung, indem sie es versäumt hat, die Anrainerstaaten in der Projektentwicklungsphase von Nord Stream 2 einzubeziehen und auf die Bedenken der EU und der USA an diesem Projekt einzugehen, eine einheitliche europäische Strategie für die künftige Versorgung mit Erdgas und klimaneutralen Gasen gefährdet. Dies isoliert Deutschland innerhalb der Europäischen Union, erschwert eine Wiederbelebung der transatlantischen Zusammenarbeit in der Energie- und Außenpolitik und schwächt somit unsere Verhandlungsposition gegenüber Russland.

Ein Ausweg aus diesem außen- und energiepolitischen Dilemma ist die weitere Integration der Ukraine in den europäischen Energiemarkt. Dabei sollte nicht nur die Energiesicherheit unserer ost- und mitteleuropäischen Partner, sondern auch die wirtschaftlichen Chancen der Transformation hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung von Beginn an mitgedacht werden.

Eine Wasserstoffpartnerschaft mit der Ukraine sollte nicht ohne die Region zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer gedacht werden. Denn die Ukraine und die in der Drei-Meere-Initiative zusammengeschlossenen Staaten bieten erhebliches Potential für die Erzeugung von klimaneutralem Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen. Dies gilt sowohl für die Umwandlung von erneuerbarem Strom in grünen Wasserstoff durch Wasserelektrolyse als auch die Herstellung von blauem Wasserstoff aus Erdgas, bei dessen Herstellung das entstehende CO<sub>2</sub> abgeschieden und gespeichert wird. Die Umwandlung von Erdgas in blauen Wasserstoff bietet auch eine Perspektive für eine mögliche Verlängerung des Gastransports aus Russland durch die Ukraine über den bestehenden Vertrag mit Gazprom für die Jahre 2021 bis 2024 hinaus.

Deutschland und Europa benötigen möglichst schnell möglichst große Mengen an klimaneutralem Wasserstoff zu möglichst geringen Preisen. Nur so können Vertrauen der Industrie und weiterer Marktteilnehmer in den Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft aufgebaut und private Investitionen angereizt werden. Gleichzeitig bietet dessen Herstellung wirtschaftliche Perspektiven für die Ukraine und die Staaten der Drei-Meere-Initiative. Die Bundesregierung sollte sich daher für die Gründung einer Europäischen Wasserstoffunion einsetzen, die den schnellen Markthochlauf dieser Zukunftsbranche ohne ideologische Scheuklappen fördert und dabei die Ukraine und weitere mittel- und osteuropäische Partner einbezieht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf europäischer Ebene die Gründung einer Europäischen Wasserstoffunion voranzutreiben, die Erzeugung und Transport klimaneutralen Wasserstoffs in der EU und seinen Nachbarstaaten und -regionen fördert (vgl. Drucksache 19/20020);
2. die Energiepartnerschaft mit der Ukraine zu vertiefen und sie als Partner eng an die Europäische Wasserstoffunion zu binden;

3. die Ukraine beim Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft zu unterstützen durch
  - a) die Förderung von Erzeugung und Transport klimaneutralen Wasserstoffs im Rahmen europäischer Leuchtturmprojekte,
  - b) Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung sowie bei der Ausbildung von Fachkräften,
  - c) Kooperation der zuständigen Bundesministerien und Regulierungsbehörden;
4. von der ukrainischen Regierung weiterhin die Bekämpfung von Korruption sowie die Anwendung hoher Corporate-Governance-Standards, insbesondere in staats-eigenen Unternehmen, einzufordern;
5. das Engagement Deutschlands in der Drei-Meere-Initiative und der östlichen Partnerschaft, insbesondere im Bereich Wasserstoffherzeugung und -transport, zu verstärken;
6. auf europäischer Ebene die weitere Integration der ost- und mitteleuropäischen Strom- und Gasmärkte in den EU-Binnenmarkt voranzutreiben, etwa durch die Förderung zusätzlicher Interkonnektoren für Strom und Gas inklusive Wasserstoff.

Berlin, den 18. Mai 2021

**Christian Lindner und Fraktion**

